

Berlin, 30. März 2021

Terminvorbereitung**St N**

a.d.D.

Betr.:**Verlagsförderung****hier: Fristenlauf vs. Mittelplanung 2021/2022**
geplantes Gespräch mit BMF StS Gatzert**Ort:**

Telefonisch/virtuell

Für den Termin am:

- SIN*
1. *VI* mit der Bitte
↳ Sondierung der
Lösungsmöglichkeiten
auf FEV
 2. Erneute Vorlage
mit BMF-
FEV
6/4

Fr. Forst / 12/14

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	S-210330-043
Eingang Leitung	31.03.2021
eDW-M- Nr.:	2021.03.30/00062
Abzeichnungsleiste	
St	<i>Stefan Schnorr VI</i>
AL	Stefan Schnorr VI 31.03.21
UAL	i.V. Ju, VIA3 30.03.21
Referatsinformationen	
Referats- leiter/in	MinR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3; 30.03.21
Bearbei- ter/in	RR Dr. Albers (-6456) CA, VIA3; 30.03.21
Mitzeich- nung	Z-HA
Referat und AZ	VIA3 - 60209-001- 02#001

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre
haben Abdruck erhalten.

Bitte zu 602 09/001-02 #001
Vorgang 20210330-StN - Terminvorbereitung
15.1.22 P. J. / hsp

Gesprächsziel und Interessenlage*in die Federkern
breit ausgearbeitet?*

- BMF um Unterstützung bitten, die Förderung der digitalen Transformation im Verlagswesen so anzupassen, dass der politisch gewünschte Zweck der Förderung erreicht werden kann (für die Verlagsförderung hatte sich vorrangig die A-Seite eingesetzt).
- Denkbar wäre, dass BMF ausnahmsweise bereit wäre, die kassenmäßige Einsparung für die Inanspruchnahme von **Ausgaberesten** im Haushaltsvollzug 2022 (bis zu 180 Mio. €) zulasten aller Einzelpläne (und nicht nur des Epl 09, BMWi) zuzulassen [so Votum Z-HA].
- Oder: Einwilligung des BMF zum **Vorschlag von BM (Vorschusslösung)**: Auskehren der Mittel in 2021 unter Widerrufsvorbehalt, Realisierung der Projekte und Abwicklung (Verwendungsnachweise etc.) erst 2022 [dazu ablehnendes Votum Z-HA].
- Oder Unterstützung/politische Flankierung durch BMF für Änderung des einschlägigen HH-Titels im **Nachtragshaushalt 2021** im parlamentarischen Verfahren.
- Hinweis auf politisches Interesse der SPD an Verlagsförderung.

von Gatzert mit St. Gatzert

I. Sachverhalt

Der Entwurf der Förderrichtlinie liegt BMF und BRH seit Mitte Februar vor, die finale Zustimmung des BMF steht noch aus. BRH hat einer Bitte des Haushaltsausschusses folgend einen Beratungsbericht für Mai angekündigt. Entwurf geht uns in der Woche nach Ostern zu. Nach Billigung durch BMF erfolgt die abschließende Notifizierung bei der EU-KOM. Wir gehen davon aus, dass die Förderrichtlinie im Juni 2020 veröffentlicht werden kann, dann können die Verlage Anträge stellen. Das BAFA ist als administrierende Stelle beauftragt; mit dem dortigem Aufbaustab sind wir im Gespräch.

Wir hatten die Verbände zuletzt am 01.03.2021 über den aktuellen Stand informiert und die Förderrichtlinie skizziert, ohne diese aber herauszugeben. AL VI hat am 24.3.2021 mit allen Verbänden gesprochen.

Mit dem Programm können wir gem. den Vorgaben des Haushaltsausschusses **Maßnahmen zur digitalen Transformation der Verlage fördern**. Erstattet werden können bis zu 45 % der Investitionskosten. Pro Verlag besteht ein Höchstbetrag für den Zuschuss, der sich aus der Auflage und den durchschnittlichen Kosten der Zustellung der Printexemplare errechnet. Wir gehen davon aus, dass Anträge ab Juni/Juli 2021 gestellt werden können.

Für **2021** stehen uns nach dem Bundeshaushalt **180 Mio. € Barmittel** zur Verfügung, für **2022** weitere **20 Mio. €** als Verpflichtungsermächtigungen.

Die 180 Mio. € müssen bis 31.12.²⁰²¹ verausgabt werden, danach verfallen die Mittel (abgesehen von der Möglichkeit der Bildung von Ausgaberesten unter engen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen). Folglich muss nach derzeitiger Planung ein Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel zwingend noch in 2021 ausgekehrt werden.

Die geplante Förderung geht aus Sicht der Branche in der jetzigen Form an den Anforderungen vorbei.

- Es sei zeitlich nicht möglich, im zweiten Halbjahr ~~2020~~²⁰²¹ die entsprechenden Förderanträge zu stellen und die zu fördernden Maßnahmen bis Ende 2021 abzuschließen. Die Umsetzung der Maßnahmen dauere länger.
- Zudem seien einige Verlage (insb. Anzeigenblätter, denen durch die Corona Krise das Anzeigengeschäft weggebrochen sei) nicht in der Lage, im Jahr 2021 den erforderlichen Eigenanteil von 55 % zu finanzieren.

Die Verlage fordern daher eine grundlegende Umgestaltung der Förderung und im Idealfall **eine reine Zustellförderung (als Corona-Hilfe), unabhängig von Digitalisierungsmaßnahmen. Äußerst hilfsweise müsse das Programm gestreckt werden, sodass Mittel aus 2021 ins Folgejahr verschoben werden müssten.**

➤ Beides ist mit den aktuellen Vorgaben des Bundeshaushalts 2021 nicht umsetzbar.

Aus unserer Sicht bestünden folgende Lösungsmöglichkeiten:

Variante 1: Bildung von Ausgabenresten

Nach § 38 Abs. 4 S. 2 BHO können i.H.d. nicht abfließenden Ausgaben in 2021 Verpflichtungen zur Zahlung im Folgejahr begründet werden, ohne dass formal Verpflichtungsermächtigungen vorliegen. Wir könnten also 2021 weitere Verpflichtungen mit Fälligkeit 2022 begründen und so die Auszahlungspläne bedarfsgerecht bewilligen.

NACHTEIL:

- bei der Inanspruchnahme dieser „übertragenen“ Mittel im Jahr 2022 müssen in gleicher Höhe im Jahr 2022 Einsparungen im BMWi Haushalt erfolgen. Angesichts der noch nicht absehbaren Rahmenbedingungen des HH 2022 können wir aber derzeit keine Aussagen treffen, ob wir eine kassenmäßige Minderausgabe von bis zu 180 Mio. € im Epl. 09 in 2022 erwirtschaften können, ohne andere geplante BMWi-Maßnahmen stoppen zu müssen.
- BMF könnte zwar abweichend vom Grundsatz der verursachungsgerechten Einsparung im jeweiligen Epl. ausnahmsweise die kassenmäßige Einsparung zulasten aller Einzelpläne zulassen (**für diese Variante plädiert Z-HA**).

Solche Zusagen wird BMF aus unserer Sicher aber zumindest derzeit wohl nicht treffen können (auch mit Blick auf die neue Bundesregierung).

Variante 2: Vorschusszahlungen an die Verlage in voller Höhe in 2021

Dieser (von BM angeregte Vorschlag) könnte so aussehen, dass **Anträge dieses Jahr (ab Mitte 2021) gestellt** werden, die beantragten Projekte allerdings auch 2022 durchgeführt werden dürfen. Die Zuwendungsempfänger sollen **bereits in 2021** die volle Fördersumme als „**Vorschuss unter Widerrufsvorbehalt**“ erhalten, **um die für 2021 bereitstehenden 180 Mio. € noch in 2021 auskehren zu können.**

Die **Abwicklung der Projekte und auch der Prüfung der Verwendungsnachweise** durch das BAFA könnte erst **in 2022** erfolgen.

PROBLEM:

- Diesem **Ansatz stünden tragende haushaltsrechtliche Prinzipien entgegen** wie der Subsidiaritätsgrundsatz aus § 23 BHO i.V.m. §§ 6 und 7 BHO bzw. das Fälligkeitsprinzip aus § 34 Abs. 2 BHO, die auch ihren Niederschlag in den VV Nr. 7 zu § 44 BHO bzw. Nr. 1.4 ANBestP (Auszahlung von Zuwendungen nur insoweit, als sie „alsbald“ nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird) gefunden haben.
- Abweichungen von diesen VV bedürften **der Einwilligung des BMF und der Anhörung des BRH** nach VV Nr. 15.2 zu § 44 BHO.
Ob sich ein derartiger Antrag entlang der haushaltsrechtlichen Prüfungsmaßstäbe der BHO begründen ließe, ist fraglich.
- **Auf jeden Fall ist hier eine politische Entscheidung des BMF erforderlich.**

Anmerkung Z-HA:

Z-HA kann diesen Vorschlag aufgrund erheblicher haushaltsrechtlicher Bedenken (Subsidiarität und Wirtschaftlichkeit gem. §§ 6,7 BHO bzw Fälligkeitsprinzip nach § 34 BHO **nicht mittragen** und empfiehlt stattdessen eine Lösung auf der Grundlage von Variante 1.

Variante 3: Änderung des HH-Titels im parlamentarischen Verfahren zum Nachtragshaushalt

Der Haushaltstitel zur Förderung der digitalen Transformation im Verlagswesen (Kapitel 0910 Titel 683 03) könnte im parlamentarischen Verfahren zum Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2021 so umgestaltet werden, dass die Mittelverteilung den Anforderungen der Branche gerecht wird. So könnten die **Barmittel 2021** auf z.B. **100 Mio.** Euro abgesenkt und die Verpflichtungsermächtigungen für 2022 auf **100 Mio.** Euro erhöht werden.

Möglich wäre grundsätzlich auch eine Änderung der Zweckbestimmung des Titels in Richtung einer Umwidmung in eine „**Teil-Corona-Soforthilfe**“ zugunsten der Anzeigenblätter (so der Wunsch insbes. *Bundesverbandes Deutscher Anzeigenblätter*)

- **Das erfordert eine politische Flankierung durch BMF.**

Nach unserem Kenntnisstand ist aber **bewusst nicht beabsichtigt, den Nachtragshaushalt im parlamentarischen Verfahren noch einmal vereinzelt „aufzuschnüren“** und einzelne Titel zu bearbeiten („Dammbruch-Argument“).

Mögliche Sprechelemente

- Wie Sie wissen, sieht der Haushalt für dieses Jahr 180 Mio. € zur Förderung der digitalen Transformation im Verlagswesen vor und 20 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen für 2022.
- Einerseits müssen wir den Zuwendungsempfängern und dem BAFA zwingend bestimmte Fristen einräumen, andererseits muss gemäß Titelansatz ein Großteil der Mittel bis spätestens 31.12.2021 ausgezahlt worden sein.
- Nach den Fristenläufen (Anträge ab vss. Juni/Juli 2020 möglich, Antragszeitraum 3 bis 6 Monate) können die Verlage nach Verbandsangaben die zu fördernden Maßnahmen allerdings nicht in diesem Jahr durchführen/abschließen, so dass viele Auszahlungen faktisch erst 2022 stattfinden. Daher dürften die 180 Mio. € für 2021 weitgehend nicht abfließen, für 2022 stehen aber nur noch 20 Mio. € VE zu Verfügung. Damit könnte die gewollte Förderung ins Leere laufen.

Es gäbe folgende Lösungsmöglichkeiten:

- Antragstellung ab Mitte 2021, Durchführung der Projekte erst 2022. Die Verlage erhalten schon in 2021 die volle Fördersumme als „**Vorschuss unter Widerrufsvorbehalt**“. Dafür zwingend nötig: Einwilligung des BMF, da tragende haushaltsrechtliche Prinzipien entgegenstehen [s. ablehnendes Votum Z-HA].
- Oder: Politische Unterstützung des BMF, um im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum **Nachtrags-HH 2021 eine Mittelneuverteilung** im einschlägigen HH-Titel vorzunehmen (z.B. je 100 Mio. € in den HH-Jahren 2021 und 2022; genaue Verteilung würden wir mit den Verbänden erörtern).

- Oder: Bewilligungen (mit Auszahlungen für 2022) in 2021 zu Lasten **übertragbarer Ausgaben** (§ 38 Abs. 4 S. 2 BHO).

Hierfür wäre im Haushaltsvollzug 2022 ein Szenario für die kassenmäßigen Einsparung der in Anspruch zu nehmenden Ausgabereste (bis zu 180 Mio. €) erforderlich. Aufgrund der noch nicht absehbaren Randbedingungen des Haushaltsvollzuges 2022 kann für den Epl. 09 derzeit natürlich keine Zusage in dieser Höhe gegeben werden.

Lösung: **Zusicherung durch BMF**, dass kassenmäßige Einsparung für **Ausgabereste im Bedarfsfall zulasten aller Epl.** zugelassen wird.